

Serguei Kaniovski, Markus Marterbauer

Mittelfristig gedämpftes Wachstum

Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2006

Ausgelöst durch Konjunkturimpulse aus Nordamerika dürfte in Europa im Laufe des Jahres 2003 ein Konjunkturaufschwung einsetzen, der seinen Höhepunkt 2005 erreichen wird. Die Erholung bleibt aber sowohl im Durchschnitt der EU-Länder als auch in Österreich gedämpft, das durchschnittliche Wachstum des realen BIP beträgt nur etwa 2% pro Jahr. Die Ausweitung von Konsum- und Baunachfrage bleibt merklich hinter jener des Exports und der Ausrüstungsinvestitionen zurück. Die Beschäftigung steigt vor allem in den Jahren 2004 bis 2006 merklich, die Arbeitslosigkeit geht hingegen nur unzureichend zurück. Das Finanzierungsdefizit des öffentlichen Sektors sinkt tendenziell. Wesentliche Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik bestehen in der Gestaltung der Budgetstruktur, der Innovations- und Bildungspolitik.

Begutachtung: Helmut Kramer, Ewald Walterskirchen • Wissenschaftliche Assistenz: Christine Kaufmann • E-Mail-Adressen: Serguei.Kaniovski@wifo.ac.at, Markus.Marterbauer@wifo.ac.at

Aufgrund der Korrekturen in der Konjunkturbeurteilung seit dem Sommer 2002 aktualisiert das WIFO seine mittelfristige Wirtschaftsprognose bis 2006. Diese Vorausschau baut auf der im Dezember vorgestellten kurzfristigen Prognose auf und bietet der Wirtschaftspolitik eine Basis für eine Analyse der Herausforderungen und Spielräume.

Das WIFO erwartet für die nächsten Jahre eine eher schleppende Konjunkturerholung in Europa und speziell auch in Österreich. Nach zwei Jahren ungünstiger Wirtschaftsentwicklung 2001 und 2002 wird auch für das Jahr 2003 ein unterdurchschnittliches Wachstum der österreichischen Wirtschaft prognostiziert.

Impulse kann der Konjunkturaufschwung primär von der Weltwirtschaft erhalten. In den USA kam ein Aufschwung in Gang, im Zuge dessen sich das Wirtschaftswachstum bis zum Jahr 2005 auf 3½% beschleunigen sollte. Erheblichen Risiken ergeben sich allerdings aus der weiteren Entwicklung der Aktien- und Immobilienmärkte sowie einem möglichen Krieg im Irak und dessen Effekten auf die Rohstoffpreise. In Südostasien scheint die Produktion auf den hohen Wachstumspfad der Jahre vor der Wirtschaftskrise zurückgekehrt zu sein. Davon profitiert auch Japan.

Für Europa wird ein deutliches Zurückbleiben gegenüber dem Konjunkturaufschwung in Nordamerika erwartet; neben einer weniger expansiven Zinspolitik bremst vor allem die Fiskalpolitik die Konjunktur. Bis 2006 dürften zur Erreichung eines ausgeglichenen Haushalts Maßnahmen der Budgetkonsolidierung im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Bemühungen vor allem der großen EU-Länder stehen. Dies dämpft – auf kurze Sicht – die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Die Wirtschaft der EU wird deshalb im Zeitraum 2001 bis 2006 um nur 2,1% pro Jahr wachsen, deutlich langsamer als in der Periode zuvor (1996/2001 +2,7%) und in den USA (2001/2006 +2,9%).

Die österreichische Wirtschaft könnte von einer allmählichen Erholung der Nachfrage der wichtigsten Handelspartner besonders begünstigt sein. Die heimischen Exportunternehmen verfügen aufgrund einer mäßigen Entwicklung der Lohnstückkosten über eine hohe preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Die erwartete Ausweitung des Warenexports zieht auch eine Erholung der Investitionen in Maschinen, Fahrzeuge und immaterielle Wirtschaftsgüter nach sich – ein Bereich, in dem die Ausgaben

Internationale Rahmenbedingungen

2001 und vor allem 2002 markant eingebrochen sind. Schwächer entwickelt sich im Aufschwung die Inlandsnachfrage. Die Zunahme des privaten Konsums wird durch den Anstieg der Sparquote auf das mittelfristige Niveau gedämpft. Die Bauwirtschaft profitiert von einer Ausweitung der öffentlichen Investitionen im Tiefbau. Die Nachfrage nach Wohnungen beginnt sich zwar zu erholen, dies geht aber nur langsam vor sich.

Übersicht 1: Hauptergebnisse

	Ø 1996/ 2001	Ø 2001/ 2006	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Jährliche Veränderung in %								
Bruttoinlandsprodukt								
Real	+2,5	+1,9	+0,7	+0,9	+1,7	+2,3	+2,5	+2,3
Nominell	+3,5	+3,2	+2,3	+1,9	+3,0	+3,7	+4,0	+3,6
Verbraucherpreise ¹⁾	+1,6	+1,5	+2,7	+1,8	+1,5	+1,4	+1,5	+1,5
Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten ²⁾	+1,8	+2,4	+1,4	+2,2	+2,2	+2,4	+2,8	+2,4
Unselbständig Beschäftigte ³⁾	+0,8	+0,3	+0,4	-0,5	+0,1	+0,5	+0,7	+0,5
In %								
Arbeitslosenquote								
In % der Erwerbspersonen ⁴⁾	4,0	4,0	3,6	4,1	4,2	4,0	3,8	3,7
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾	6,6	6,6	6,1	6,8	7,0	6,7	6,4	6,3
In % des BIP								
Außenbeitrag	-0,7	1,0	-0,0	1,3	1,1	1,0	0,8	0,8
Finanzierungssaldo des Staates								
Laut Maastricht-Definition	-1,6	-1,2	0,2	-1,5	-1,5	-1,2	-0,9	-0,8
In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	6,8	5,8	4,6	5,0	5,4	5,7	6,3	6,7

¹⁾ Konsumdeflator. – ²⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge, je Beschäftigungsverhältnis laut VGR. – ³⁾ Ohne Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienner. – ⁴⁾ Laut Eurostat. – ⁵⁾ Laut Arbeitsmarktservice.

Übersicht 2: Internationale Rahmenbedingungen

	Ø 1996/ 2001	Ø 2001/ 2006	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Jährliche Veränderung in %								
Bruttoinlandsprodukt, real								
USA	+3,4	+2,9	+0,3	+2,3	+2,6	+3,0	+3,5	+3,0
EU	+2,7	+2,1	+1,6	+1,0	+1,8	+2,5	+2,7	+2,5
Deutschland	+1,8	+1,7	+0,6	+0,3	+1,3	+2,3	+2,5	+2,0
Ost-Mitteleuropa	+3,6	+3,2	+2,3	+1,5	+2,8	+3,5	+4,0	+4,0
Dollar je ECU bzw. Euro								
Wechselkurs	1,028	0,988	0,896	0,94	1,00	1,00	1,00	1,00
In %								
Zinssätze								
Sekundärmarktrendite	5,1	4,8	5,1	5,0	4,5	4,7	5,0	5,0
Dreimonatssatz (EURIBOR)	3,7	2,9	4,3	3,3	2,7	2,7	2,8	2,8

Der Konjunkturrückgang dürfte mit einem realen Wirtschaftswachstum von etwa 2½% im Jahr 2005 erreicht werden. Danach könnte ausgehend von Export und Ausüstungsinvestitionen eine Abschwächung einsetzen. Hingegen wirken die Komponenten der Inlandsnachfrage gegen Ende der Prognoseperiode stabilisierend. Die österreichische Wirtschaft dürfte im Durchschnitt der Periode 2001 bis 2006 mit einer realen Zunahme des BIP von knapp 2% pro Jahr nur geringfügig langsamer wachsen als die der EU-Länder, allerdings merklich schwächer als in der Periode 1996 bis 2001 (+2½%).

Abbildung 1: Wirtschaftswachstum

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 1996/ 2001	Ø 2001/ 2006	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Jährliche Veränderung in %							
Konsumausgaben								
Private Haushalte ¹⁾	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,3
Staat	+ 0,8	+ 0,7	- 0,5	+ 1,0	± 0,0	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,7
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,3	+ 1,7	- 2,2	- 4,6	+ 2,9	+ 3,5	+ 4,2	+ 2,7
Ausrüstungen ²⁾	+ 5,2	+ 2,2	- 2,9	-10,0	+ 5,0	+ 6,0	+ 6,8	+ 4,2
Bauten	+ 0,2	+ 1,3	- 1,5	± 0,0	+ 1,2	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,5
Inländische Verwendung	+ 2,0	+ 1,7	- 0,1	- 0,3	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,1
Exporte	+ 9,9	+ 5,5	+ 7,4	+ 1,3	+ 4,7	+ 7,0	+ 7,5	+ 7,1
Importe	+ 8,8	+ 5,2	+ 5,9	- 1,1	+ 5,1	+ 7,4	+ 7,7	+ 7,0
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,5	+ 1,9	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,3

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich sonstiger Anlagen.

Übersicht 4: Preise

	Ø 1996/ 2001	Ø 2001/ 2006	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Jährliche Veränderung in %							
Implizite Preisindizes								
Privater Konsum	+ 1,3	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5
Exporte	+ 0,5	+ 1,1	- 0,4	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,3
Importe	+ 1,0	+ 1,2	- 0,2	+ 0,4	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,5
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,3

Trotz der Konjunkturerholung ist etwa auf dem Arbeitsmarkt, in den öffentlichen Haushalten oder in der Innovationspolitik eine Reihe von Strukturproblemen zu erkennen. Der Wirtschaftsaufschwung bewirkt zwar eine Belebung des Beschäftigungswachstums, die Arbeitslosigkeit bleibt aber auch zu Ende des Prognosehorizonts hoch. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten erhöht sich durchschnittlich um 0,3% (+9.000 Personen) pro Jahr. Die Zahl der Arbeitslosen wird bis zum Jahr 2006 nur auf 216.000 zurückgehen. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 6,3% der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. 3,7% der Erwerbspersonen laut Eurostat.

In der Entwicklung des Arbeitskräfteangebotes steht eine Trendwende bevor: Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nimmt ab 2004 nicht weiter zu, nachdem die demographische Entwicklung die Lage auf dem Arbeitsmarkt im vergangenen Jahrzehnt belastete. Allerdings bestehen weiterhin erhebliche Arbeitsmarktreserven im

**Arbeitslosigkeit geht
nur langsam zurück**

Bereich der Erwerbstätigkeit von Frauen und älteren Arbeitskräften sowie vor allem der Arbeitslosen.

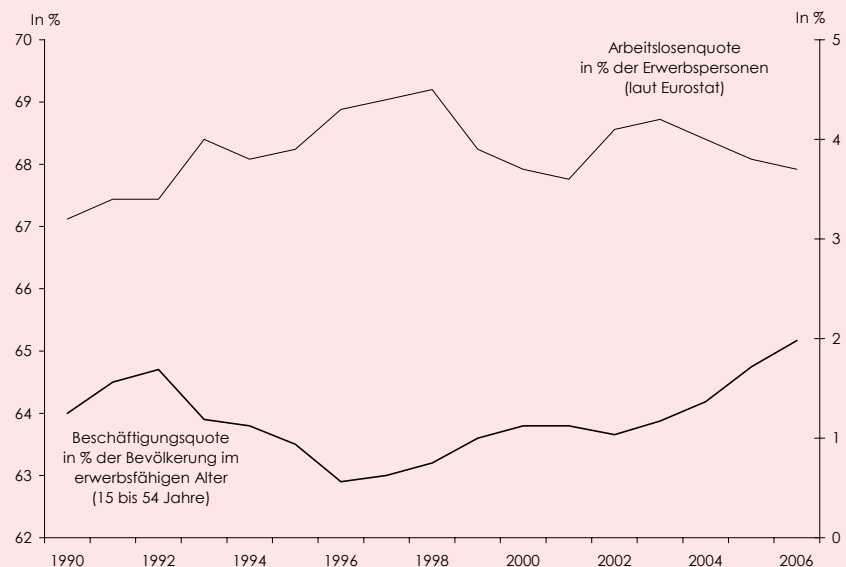
Zuletzt wurde ein wesentlicher Teil des Anstiegs der Arbeitskräftenachfrage durch zusätzliche temporär beschäftigte ausländische Arbeitskräfte (Saisoniers) befriedigt. Aus gesamtwirtschaftlichen Überlegungen und vor allem auch in Hinblick auf die Finanzlage der Sozialversicherungsträger wäre eine bessere Ausschöpfung der im Inland verfügbaren Arbeitskräfte-reserven wünschenswert. Das bringt u. a. eine bedeutende Herausforderung für die Bildungspolitik mit sich. Vor diesem Hintergrund erscheint besonders problematisch, dass die öffentlichen Ausgaben für Altersteilzeit gegenüber den Trainings- und Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose stark an Bedeutung gewinnen.

Übersicht 5: Arbeitsmarkt, Einkommen

	Ø 1996/ 2001	Ø 2001/ 2006	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Jährliche Veränderung in %							
Unselbständig Beschäftigte	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4
Summe Wirtschaftsklassen ¹⁾	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	- 0,5	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5
Arbeitslose	- 2,4	+ 1,2	+ 4,9	+ 13,7	+ 2,6	- 3,4	- 4,6	- 1,3
Arbeitslosenquote								
In % der Erwerbspersonen ²⁾	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,6	+ 4,1	+ 4,2	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,7
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ³⁾	+ 6,6	+ 6,6	+ 6,1	+ 6,8	+ 7,0	+ 6,7	+ 6,4	+ 6,3
Arbeitsproduktivität ⁴⁾	+ 1,2	+ 1,5	- 0,1	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7
Lohn- und Gehaltssumme ⁵⁾	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,1	+ 3,6	+ 3,0
Je Beschäftigten ⁶⁾	+ 1,8	+ 2,4	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,4
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	+ 0,1	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,7

¹⁾ Ohne Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienster. – ²⁾ Laut Eurostat. – ³⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁴⁾ BIP real je unselbständig Beschäftigte (Beschäftigungsverhältnisse laut VGR). – ⁵⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ⁶⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR.

Abbildung 2: Entwicklung des Arbeitsmarktes



Strukturprobleme im Staatshaushalt

Die Modellprognose des WIFO lässt auf Basis der in der Vergangenheit beobachteten Wechselwirkungen zwischen Staatshaushalt und Gesamtwirtschaft eine Verbesserung des gesamtsstaatlichen Defizits erkennen. Dieses verringert sich tendenziell auf 0,8% des BIP im Jahr 2006. Die Nachhaltigkeit der bisherigen Konsolidierungsfortschritte muss mittelfristig noch besser abgesichert werden. Dies mahnen insbesondere die

Verpflichtungen aus dem Stabilitätspakt ein. Sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite des Staatshaushalts ist eine Reihe von Strukturproblemen zu erkennen, die ohne weitere Reformmaßnahmen die Situation des Staatshaushalts wieder verschlechtern und die auch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen könnten.

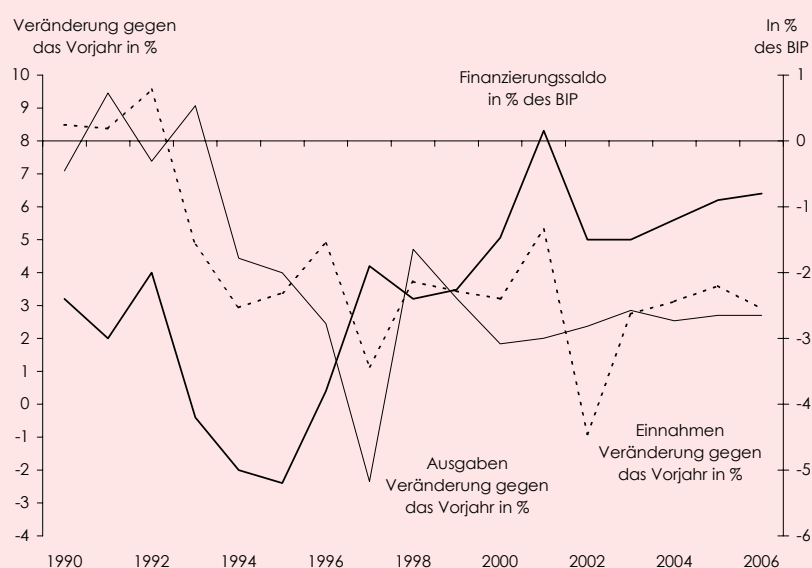
Eine wesentliche Herausforderung bedeutet die vor dem Hintergrund zu niedriger Erwerbsbeteiligung ungünstige Struktur des Abgabenaufkommens, welche von hohen Sozialversicherungsbeiträgen geprägt ist. Zu dieser Thematik zählt auch der relativ hohe Anteil von lohnsummenabhängigen Abgaben. Eine grundlegende Reform des Steuersystems könnte innerhalb der Prognoseperiode schrittweise vorangetrieben werden. Dafür spricht, dass sie die gesamtwirtschaftliche Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit verbessern könnte und dass sie Budgetspielraum schaffen sollte für automatische Konjunkturstabilisierung und für die Aufgaben, die nach der demographischen Trendwende im zweiten Jahrzehnt des Jahrhunderts bevorstehen.

Übersicht 6: Staat

	Ø 1996/ 2001	Ø 2001/ 2006	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Jährliche Veränderung in %								
Laufende Einnahmen	+3,4	+2,3	+5,3	-0,9	+2,7	+3,1	+3,6	+2,9
Laufende Ausgaben	+1,9	+2,6	+2,0	+2,4	+2,9	+2,5	+2,7	+2,7
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+3,5	+3,2	+2,3	+1,9	+3,0	+3,7	+4,0	+3,6
In % des BIP								
Finanzierungssaldo des Staates Laut Maastricht-Definition	-1,6	-1,2	0,2	-1,5	-1,5	-1,2	-0,9	-0,8

Der Anstieg des Außenbeitrags zeigt einerseits die große Abhängigkeit von der Wirtschaftsentwicklung der Handelspartner und andererseits die gute preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Exportwirtschaft. Diese ist allerdings eher auf eine sehr maßvolle Lohnentwicklung als auf eine rasche gesamtwirtschaftliche Produktivitätssteigerung zurückzuführen. Der schwache Produktivitätsfortschritt weist auch auf den Nachholbedarf Österreichs in Bezug auf eine erfolgreiche Innovationsstrategie hin. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung und vor allem jene für Informations- und Kommunikationstechnologien bleiben hinter jenen der europäischen Volkswirtschaften mit der größten Wachstumsdynamik zurück.

Abbildung 3: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo (laut Maastricht-Definition) des Staates



In den Prognosezeitraum fällt auch die Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitgliedsländer. Kurzfristig können davon nur geringe Wachstumseffekte für Österreich erwartet werden. Ein mittelfristiger ökonomischer Erfolg der Erweiterung, der sich in einem raschen Aufholprozess der neuen EU-Länder abbilden würde, bedeutet aber für Österreich ebenfalls ein erhebliches Potential an Steigerung der Exporte und damit des Wirtschaftswachstums. Allerdings sind auch Risiken eines Misslingens der Erweiterung gegeben. Diese könnten etwa mit einer zu frühen Teilnahme der neuen EU-Länder an der Währungsunion schlagend werden.

Slow Growth in the Medium Run. Forecast for the Austrian Economy up to 2006 – Summary

For the coming years, WIFO envisages the recovery in Europe, and specifically in Austria, to be rather sluggish in nature. It will be primarily the global economy which can be expected to deliver the requisite momentum for an upswing, which, however, is subject to considerable risks. Both in the EU average and in Austria, the recovery will stay within modest bounds; on average, real GDP will grow by just 2 percent p.a. over 2001–2006 (as against some 2.5 percent in 1996–2001). In Austria, demand in the consumer goods and construction sectors will not keep pace with demand in the export and plant and equipment sectors. Employment will rise perceptively, especially in 2004–2006. Unemployment, on the other hand, will decline at an inadequate rate, so that by 2006 the jobless rate could stand at 6.3 percent of the dependently employed or 3.7 percent of the economically active population as defined by Eurostat. The public financing deficit is set to fall to some 0.8 percent of GDP by 2006, helped by the economic recovery. Designing a proper budgetary structure as well as innovation and education policies will constitute major challenges for economic policy.